Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 36

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

10 Jahre Chruschtschew:

Chruschtschews innenpolitische Purzelbäume

Die ersten vier Jahre von Chruschtschews Herrschaft waren genau so krisenreich wie diejenigen Stalins zwischen 1924 und 1928. Um seine Laufbahn aufzuzeichnen, müssen wir bis zu Stalins Tod am 5. März 1953 zurückgreifen. Stalins Nachfolger war sowohl als Ministerpräsident als auch als Parteisekretär Malenkow. Dieser entledigte sich schon im Juli 1953 seines grössten Gegners, Berija, indem er ihm gegenüber genau so lächerliche Anschuldigungen hervorbrachte, wie jener 1937/38 gegen die Opfer der grossen Säuberung. Kaum war Berija aus dem Wege geschafft, zerbrach auch die gegen ihn gerichtete Koalition. Es hiess, die Aemter des Ministerpräsidenten und des Parteisekretärs dürften nicht in einer Hand vereinigt werden, weil darunter nur die «sozialistische Demokratie» leiden würde. Am 3. September 1953 trat das ZK der KPdSU zusammen, um in dieser wichtigen Frage eine Entscheidung zu fällen. Die Presse berichtete nicht einmal über die Sitzung des ZK, obwohl unter normalen Verhältnissen solche Berichte selbstverständlich sind. Die Sitzung dauerte vom 3. bis 7. September und endete mit Chruschtschews Sieg: er wurde zum Ersten Sekretär gewählt. Auf die Gegensätze in der damaligen Parteileitung kann man aus folgenden Gründen schliessen: Chruschtschews grosse Rede über die neue Agrarpolitik, die er am 3. September gehalten hatte, wurde erst am 15. September 1953 in der «Prawda» veröffentlicht; auch der erste Bericht über die Plenarsitzung des ZK wurde erst am 13. September veröffentlicht in dem die Wahl Chruschtschews bekanntgegeben wurde. Es ist indes merkwürdig, dass sich die «Prawda», das offizielle Parteiorgan, auf die blosse Mitteilung des Berichtes beschränkte, ohne irgendwelche Kommentare gegeben zu haben. Nicht einmal die Photo des neuen Diktators wurde — wie sonst üblich — veröffentlicht.

Das Zweckbündnis

Chruschtchews Opposition war noch zu gross, und er benötigte seine ganze Schlauheit, um seine Gegner nacheinander zu besiegen. Zunächst schloss er mit Bulganin und Marschall Schukow ein Bündnis gegen den Ministerpräsidenten Malenkow, Die Anschuldigung war, er habe 1948 bis 1949 die zahlreichen widergesetzlichen «Leningrader Prozesse» organisiert (gegen die mit Tito sympathisierenden Parteiführer). Am 8. Februar 1955 wurde die Demission Malenkows bekanntgegeben. Vielleicht war er der einzige Ministerpräsident, der unter Berufung auf seine schwachen Fähigheiten und auf seine Unerfahrenheit seinen Posten freigab.

Sein Nachfolger wurde Bulganin, der mächtigste Mann war aber — neben Chruschtschew — der «Kriegsheld» Marschall Schukow. Ihn nützte Chruschtschew aus, um seine Opposition (Malenkow, Molotow, Kaganowic) zu beseitigen. Dies gelang ihm mit einem «Staatsstreich auf Parteiebene» im Juni 1957. Ohne Schukow hätte Chruschtschew den Kampf unbedingt verloren.

Kaum war die «parteifeindliche Gruppe» ausgeschaltet, begann Chruschtschew den Kampf — mit grösster Schlauheit — gegen den populärsten Mann, Schukow. Er schickte ihn nach Jugoslawien und als er von dort am 26. Oktober 1957 nach Moskau zurückkehrte, wurde ihm feierlich mitgeteilt, dass er als Verteidigungsminister, in seiner Abwesenheit, abgesetzt worden sei. Noch war Bulganin Ministerpräsident, aber im nächsten Jahr wurde auch er beseitigt und Chruschtschew übernahm zusätzlich das Ministerpräsidium, eine Machtkonzentration, die er bei Stalin am meisten kritisierte.

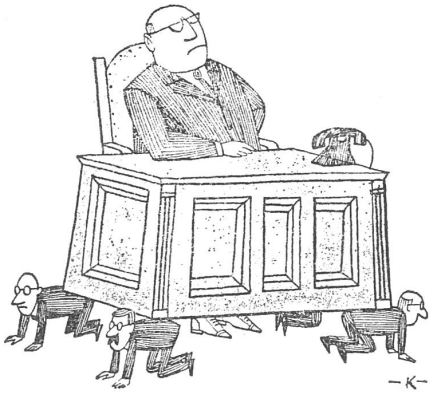
Die Festigung der Macht

So festigte er seine Position eigentlich erst 1958. Die führenden Köpfe der Opposition waren ausgeschaltet, jetzt kam die Reihe an die Gefolgschaft. Dazu bot der schon früher praktizierte, offiziell aber erst im neuen Parteistatut (31. Oktober 1961) angenommene, «periodische Wechsel» der Funktionäre eine sehr günstige Möglichkeit. Dieser Grundsatz wurde sowohl im Staats- als auch im Parteileben anerkannt und praktiziert. Bei den 1962 durchgeführten Parteiwahlen wurden Hunderttausende von Parteifunktionären jeden Ranges ausgeschaltet. Die Parlamentswahlen (1961 Wahlen in den Obersten Sowjet der UdSSR, 1963 in den Unionsrepubliken) brachten im Staatsleben grosse Aenderungen: 60 bis 85 Prozent der Abgeordneten wurden mit einem Schlag durch neue ersetzt.

Platz für die Jugend

Die Parole lautete: Platz für die Jugend, sowohl im Partei- als auch im Staatsapparat, da Chruschtschew mit der alten Garnitur nicht mehr rechnen konnte. Der ganze frühere Partei- und Staatsapparat unter Stalin und in der Zwischenperiode (1953 bis 1955) musste durch junge Kräfte ersetzt werden. Hier liegt aber die grösste Schwierigkeit des Chruschtschew-Regimes: er setzt auf die Jugend und es ist fraglich, ob die Jugend auf ihn setzen will. Denn die Jugend fordert mehr Freiheit, sowohl auf dem Gebiet des geistigen Schaffens als auch in Politik und Wirtschaft, freien Lauf für eine beschränkte Initiative und Kontakte mit der Aussenwelt, die Chruschtschew ihr gegenwärtig noch kaum bieten kann.

Die Zukunft der Chruschtschewtschina hängt davon ab, ob es Chruschtschew gelingt, die Jugend mehr für sich zu gewinnen. Die ältere Generation wehrt sich gegen den Vorstoss der Jugendlichen, vor allem auf der Parteiebene. Die Kolchospräsidenten, die Sowchos- und Fabrikdirektoren sind ausnahmslos Parteikader, die keine Fachbildung aufweisen können. Darum werden sie jetzt allmählich abgelöst. Damit aber die Jugend diese Positionen übernimmt, muss sie in die Partei hineingebracht werden. Im Laufe der letzten Jahre sind deshalb mehrere Millionen neue Parteimitglieder — hauptsächlich Jugendliche — in die Partei aufgenommen worden.



Der hohe Funktionär: «Dienen ist die erste Bürgerpflicht!» **(Krokodil, Moskau)**

Sowjetische Erbbiologie im Rückstand

Die sowjetische wissenschaftliche Zeitschrift «Newa» veröffentlichte kürzlich einen bemerkenswerten Aufsatz zweier Autoren, J. Medwedew und W. Kirpitschnikow, der die Situation der Vererbungslehre in der Sowjetunion zum Gegenstand hat. Zum erstenmal seit vielen Jahren werden in diesem Aufsatz zur grössten Ueberraschung jener, die die geltenden Grundsätze der sowjetischen Vererbungslehre kennen, die Grundelemente der Mendelschen Lehre und der Chromosomtheorie sachlich, objektiv und ausführlich dargelegt. Mehr noch, die Verfasser verurteilen die in der sowjetischen Biologie herrschende Intoleranz gegenüber den Vertretern und Anhängern der klassischen Genetik:

«An der bekannten Tagung der Akademie der landwirtschaftlichen Wissenschaften im Jahre 1948 wurde der Grundsatz des Klassencharakters der Biologie aufgestellt und verwirklicht, der Grundsatz der Anerkennung von entscheidenden Unterschieden zwischen der sowjetischen Genetik und der Genetik in den westlichen Ländern, der Grundsatz der Unvereinbarkeit von verschiedenen Richtungen in der Genetik. Dieser Grundsatz wurde damals von Stalin aktiv unterstützt. Die klassische Genetik wurde als eine bürgerliche Wissenschaft bezeichnet und damit ‚ausserhalb des Gesetzes' gestellt... Seither herrschen namentlich auf dem Gebiet des Unterrichtswesens in unserem Land und in den Volksdemokratien die Vertreter der neuen Richtung in der Genetik vor. Unterdessen hat sich aber die klassische Genetik weiter entwickelt und konnte grosse Erfolge verzeichnen.»

Die Verfasser schildern die neuesten theoretischen und praktischen Errungenschaften der klassischen Genetik im Westen und beweisen, dass die Skepsis der sowjetischen Parteigenetiker gegen die Chromosomtheorie völlig unbegründet ist und bestätigen die Richtung dieser Theorie vom Standpunkt der Kybernetik aus, die in den letzten Jahren in der Sowjetunion einen starken Aufschwung verzeichnet hat.

Der Konflikt

zwischen den sowjetischen Parteibiologen und den westlichen Genetikern beziehungsweise deren Anhängern in der Sowjetunion geht über die Differenzen zwischen zwei wissenschaftlichen Richtungen und auch über die im zitierten Aufsatz nachgewiesene wirtschaftliche Bedeutung der neuesten Entwicklung der westlichen Genetik auf dem Gebiet der Pflanzen- und Tierhybridisation (Kreuzung) weit hinaus. Es ist ein ideologischer Konflikt zwischen den klassischen Genetikern und den Parteibiologen, die von ihrem materialistischen Standpunkt aus die Bedeutung der Erbfaktoren, der Gene in den winzigen Chromosomen, nicht anerkennen wollten und behaupteten, dass nicht die Struktur der Eizellen und die Gene, sondern allein die Umweltbedingungen die Entwicklung eines Organismus, seine Eigenschaften und seine Erbmerkmale bestimmen.

Medwedew und Kirpitschnikow schliessen ihren Aufsatz mit der Feststellung: *«Das alles konnte nur unter dem Einfluss der Abnormitäten während des Personenkultes geschehen. Der Versuch einiger Gelehrter, die sowjetische Biologie von der Weltwissenschaft zu isolieren, ist ein schädliches Ueberbleibsel des Personenkultes, ein Bruch mit der Wirklichkeit, ist die Angst, offen und ehrlich die früher begangenen Fehler anzuerkennen.»*

Die Rolle Lysenkos

Mit diesen «einigen Gelehrten» ist in erster Linie Lysenko gemeint, denn er spielte im Jahre 1948 als Wortführer der Parteileitung die entscheidende Rolle bei der Verurteilung vieler bekannter sowjetischer Genetiker.

Die Einzelheiten des nicht nur wissenschaftlichen Streites, der sich 1948 abspielte und den die Verfasser des Aufsatzes in der «Newa» zur Schonung Lysenkos nur nebenbei erwähnen, finden wir im stenographischen Bericht über die erwähnte Tagung der landwirtschaftlichen Akademie im August 1948 unter dem Titel «Ueber die Situation in der biologischen Wissenschaft».

Lysenko war damals Präsident der Akademie der landwirtschaftlichen Wissenschaften. Er verlangte von den sowjetischen Biologen die unbedingte Einigkeit in allen Fragen der Erblehre, verurteilte die Anhänger Mendels und forderte die führenden sowjetischen Biologen unter Hinweis auf die Schriften von Engels auf, die materialistische Konzeption anzuerkennen. Seine wissenschaftlichen Gegner bezeichnete er als Idealisten und als Anhänger der reaktionären, bürgerlichen Lehre.

Obschon von Anfang an klar war, dass Lysenko nicht nur seine persönlichen wissenschaftlichen Ansichten vertrat, sondern einen von der Parteileitung befohlenen Grundsatz durchzusetzen versuchte, wagte eine Reihe von bekannten Gelehrten ihm zu widersprechen und ihn sogar wegen seiner totalitären Methoden anzugreifen. Hier einige Beispiele:

Akademiemitglied Zawadowskij: «... *Alle Andersdenkenden, die den Mut haben, Lysenko zu widersprechen, werden von seinen Anhängern in die ominöse Kategorie der ‚formalen Genetiker' eingereiht. ... Man verleumdet alle jene sowjetischen Gelehrten, die nicht zum Chor der Bewunderer Lysenkos gehören. ... Wenn ein Druck ausgeübt wird, um die Massen der hypnotischen Wirkung des Namens und der Autorität eines Menschen in hoher Stellung auszuliefern, so ist dies keine Voraussetzung für die Entwicklung der Wissenschaft.*»

Akademiemitglied Schukowskij: «... Wenn *man uns hier nicht die Möglichkeit einer freien Diskussion gibt, so muss sie an einem anderen Ort stattfinden, und dann werden wir die Degen kreuzen. Man ist ja schon so weit gekommen, dass man die Universitäten als Nester der schwarzen Reaktion bezeichnet. ... Ich muss die Tatsache feststellen, dass es unter einem Druck, einem mächtigen Druck, der systematisch auf die Vertreter der anderen Richtung ausgeübt wird, dazu kommt, dass die Vulkane erlöschen, und bald werden wir eine Reihe von erloschenen Vulkanen sehen.*»

Als Lysenko und seine Anhänger merkten, dass der Widerstand der Biologen zu stark war, legten sie ihre Trümpfe auf den Tisch. Zynisch erklärte Lysenko: «Man hat mich gefragt, was das Zentralkomitee der Partei zu meinem Vortrag sagt? Ich beantworte diese Frage: das Zentralkomitee der Partei hat meinen Vortrag geprüft und gebilligt.» Der Wink mit dem Zaunpfahl war unmissverständlich. Um aber die Wirkung zu verstärken, veröffentlichte die «Prawda» am gleichen Tag einen Artikel des damaligen Parteikronprinzen Schdanow, in dem er «*einige unserer (sowjetischen) Biologen, die unter dem Einfluss der westlichen, bürgerlichen und reaktionären Theorien stehen*», scharf verurteilte.

Die Prophezeihung Schukowskijs verwirklichte sich. Noch auf derselben Tagung der Akademie revidierten viele bekannte Gelehrte ihre Ansichten über die Genetik und anerkannten die von Lysenko propagierten Thesen und Grundsätze der Vererbungslehre.

15 Jahre später

wird nun festgestellt, dass die Isolierung der sowjetischen Genetik von den westlichen Forschungen und die Intoleranz gegenüber den Vertretern der klassischen Genetik sich sehr nachteilig ausgewirkt haben. Der Hauptexponent der damaligen Parteilinie, Lysenko, ist zwar seit Stalins Tod nicht mehr Präsident der Akademie der landwirtschaftlichen Wissenschaften, aber er ist Leiter eines grossen Forschungsinstitutes und rückt in letzter Zeit immer mehr in den Vordergrund: er veröffentlicht Artikel in der «Prawda» und wird zu wichtigen Beratungen der Parteileitung über die Probleme der Landwirtschaft zugezogen. Sein Comeback erklärt sich nicht zuletzt aus der Tatsache, dass er heute hauptsächlich die Probleme der Maiserntezunahme und der Züchtung von Milchvieh (mit einem hohen Milchfettgehalt) bearbeitet, also gerade jene Probleme, die Ministerpräsident Chruschtschew seit Jahren zu seinem Steckenpferd gemacht hat.

Die Genetik ist jedoch nicht das einzige Beispiel für die nachteilige, ja katastrophale Wirkung der Einmischung der Partei in Fragen der Wissenschaft und Kunst. Aehnliche Wirkungen sind auch aus den Gebieten Geschichtsforschung, Sprachwissenschaft, Relativitätstheorie, Musik, Literatur und Architektur bekannt.

gb.

KRITIK und... SELBSTKRITIK

(«Jesch», Belgrad)

Soziales

SBZ

Viel Arbeit, wenig Lohn

Das durchschnittliche monatliche Einkommen eines vollbeschäftigten Arbeiters und Angestellten in der «sozialistischen Industrie» der SBZ hat 1962 nach offiziellen statistischen Angaben aus Ostberlin eine Höhe von 602 Mark erreicht. In der «volkseigenen» Industrie wird das durchschnittliche Monatseinkommen mit 604 Mark, in der «zentralgeleiteten» Industrie mit 617 Mark, in der «örtlichgeleiteten» mit 557 Mark und in der «genossenschaftlichen» Industrie mit nur 492 Mark angegeben.

Mit 1,5 Prozent ist die 1962 gegenüber 1961 erreichte Steigerung des Durchschnitts-Monatseinkommens in der «sozialistischen Industrie» die geringste seit 1955. Sie war 1958 mit 8,2 Prozent gegenüber 1957 am grössten.

Die Einkommenssteigerung in der «volkseigenen» Bauindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, im Verkehr, bei der Post und im «sozialistischen Handel» erreichte 1962 lediglich 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Der Einkommenszuwachs eines Produktionsarbeiters in der «sozialistischen Industrie» gegenüber 1961 macht gerade 1 Prozent aus.

Bei diesen Angaben ist allerdings zu beachten, dass in dem «durchschnittlichen monatlichen Arbeitseinkommen» neben den eigentlichen Löhnen, die aus dem Lohnfonds der Betriebe bezahlt werden, Prämien aus dem Betriebsprämienfonds, Prämien für Materialeinsparungen auf Grund persönlicher Konten, Lohn- und Sonderzuschläge sowie Ehegatten- und Kinderzuschläge, die seit der Abschaffung der Lebensmittelkarten im Mai 1958 gezahlt werden, und Weihnachtsgratifikationen enthalten sind. Der effektive Arbeitslohn im sogenannten «Arbeiter- und Bauernstaat» liegt somit wesentlich tiefer und beträgt im Durchschnitt kaum mehr als 430 Mark im Monat.

DIE KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN: KPI

Die Kommunistische Partei Italiens (KPI) findet in jeder Bevölkerungsgruppe Unterstützung. Sie ist auch regional über das ganze Land verteilt. Die Parteimitgliedschaft verteilt sich auf 40 Prozent Arbeiter in den Städten, 18 Prozent Landarbeiter und 12 Prozent Kleinbauern. Die Stärke der Partei liegt a) in einer durch Jahre gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus fest zusammengeschweissten Führerschaft, b) in straff geführter politischer Kleinarbeit, die alle Bevölkerungsschichten erfasst, c) in einem Propaganda-Apparat, der sich geschickt aller Massenmedia (Presse, Rundfunk, Fernsehen) bedient.

Die KPI kontrolliert die grösste Gewerkschaft (CGIL) und den Nationalen Verband der Genossenschaften. Während die Stimmkraft der KPI sehr stabil geblieben ist, hat sich der Einfluss der Partei Togliattis etwas vermindert. Dies besonders, nachdem die Sozialistische Partei (PSI) Nennis im Jahre 1956 den Aktionspakt von 1934 gekündigt hatte und sich mittlerweile von der KPI entfernt hat. Die Parteimitgliedschaft wird auf 1,2 bis 1,5 Millionen geschätzt. Die Partei behauptete im Oktober 1961 eine Zahl von 1 729 000 Mitgliedern. Sie vermochte in den diesjährigen Parlamentswahlen eine beachtliche Stärkung zu erzielen, was als eine Folge der Politik der «apertura a sinistra» (Oeffnung nach links) gewertet wird.

Stimmanteil in Prozenten und Anzahl der Abgeordneten für jede Partei als Ergebnis der letzten Wahlen vom 28./29. April 1963 (Zahlen vom 24./25. Mai in Klammern) sind nachstehend aufgeführt:

Extreme Linke				
KPI	25,3 %	(22,7 %)	166	(141)
Nichtkomm. Linke				
PSI (Nenni)	13,8 %	(14,2 %)	87	(87)
PSDI (Saragat)	6,1 %	(4,5 %)	33	(19)
Zentrum				
Republikaner (PRI)	1,4 %	(1,4 %)	6	(6)
Christl. Dem. (DC)	38,3 %	(42,4 %)	260	(273)
Liberale (PLI)	7,0 %	(3,5 %)	39	(21)
Uebrige	2,2 %	(1,7 %)	4	(16)
Rechte				
Monarchisten	1,7 %	(4,8 %)	8	(9)
Faschisten (MSI)	5,1 %	(4,8 %)	27	(24)

Partei

SBZ

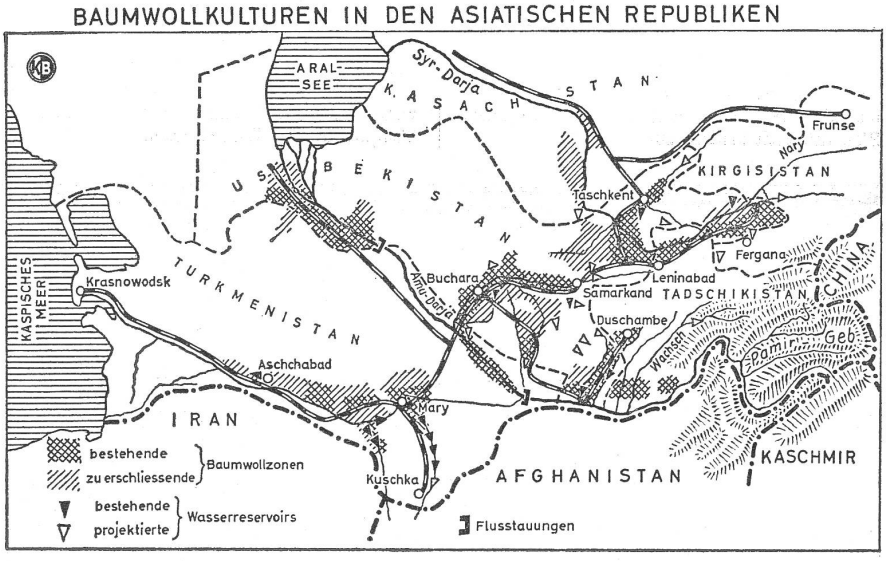
Gegen neues Statut

Ueber die Neufassung der Satzungen der National-Demokratischen Partei der Sowjetzone, wie sie auf dem 8. Parteitag der NDPD Ende Mai dieses Jahres in Erfurt beschlossen wurde, hat es in jüngster Zeit in verschiedenen Parteigliederungen lebhafte Diskussionen gegeben. Aus einigen Berichten über Mitgliederversammlungen, die für übergeordnete Parteileitungen bestimmt sind, geht hervor, dass insbesondere die in der Präambel der neugefassten Parteisatzung fixierte Anerkennung der «führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands» nicht den ungeteilten Beifall aller Mitglieder der NDPD gefunden hat. In diesem Zusammenhang taucht wiederholt die kritische Feststellung auf, **dass eine Partei, die die Anerkennung der Führung einer anderen Partei satzungsgemäss zur Pflicht ihrer Mitglieder macht, doch wohl keinen Anspruch auf ein eigenes politisches Wirken erheben wolle, so dass die Frage nach ihrem Weiterbestehen berechtigt sei.**

Von nicht wenigen Mitgliedern der NDPD, insbesondere aus Kreisen der Intelligenz, sind auch Bedenken dagegen angemeldet worden, dass in der Neufassung des Parteistatus wiederholt von den «Pflichten als Bürger der DDR» die Rede ist und auch davon, dass ein Parteimitglied «mit allen Kräften zur Festigung der DDR beizutragen» habe. Wenn ein Mitglied der NDPD ausschliesslich auf die «DDR» verpflichtet werde, so wurde argumentiert, trage die Partei einen falschen Namen. Sie dürfe dann nicht als «National-Demokratische Partei Deutschlands» auftreten, sondern sollte sich «National-Demokratische Partei der Deutschen Demokratischen Republik» nennen. **Das gleiche gelte im übrigen auch für die anderen Parteien, die in ihrem Namen noch immer den Begriff «Deutschland» führten, «obwohl sie alle nur die DDR als ihren Staat anerkennen und höchstens auf ein sozialistisches Deutschland warten».**

Die Baumwollproduktion in der UdSSR

BAUMWOLLKULTUREN IN DEN ASIATISCHEN REPUBLIKEN



Der Baumwollproduktion in den zentralasiatischen Republiken Turkmenistan, Uzbekistan, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan, deren Wirtschaftsplanung und -kontrolle einem speziellen ZK-Büro der KPdSU für Zentralasien unterstehen, kommt eine besondere Bedeutung zu. Diese fünf Unionsrepubliken produzieren 90 Prozent der gesamten sowjetischen Baumwolle. Nach sowjetischen Angaben haben die zentralasiatischen Unionsrepubliken die kapitalistischen Länder auf dem Gebiet der Baumwollproduktion überholt. Nach denselben Angaben stellt Zentralasien die grösste bewässerte Fläche der Erde dar. Das künstliche Bewässerungssystem wird in erster Linie aus dem Syr-Darja gespeist. Nach dem langfristigen Perspektivplan, den Sowjetpremier Chruschtschew auf dem 22. Parteitag der KPdSU (1961) verkündet hat, soll vor allem durch Ausdehnung der bewässerten Saatfläche in Zentralasien der gegenwärtige Baumwollertrag der UdSSR von 4,3 bis 4,6 Millionen Tonnen im Jahr auf 10 bis 11 Millionen Tonnen jährlich bis zum Jahre 1980 gesteigert werden. Bis 1970 sollen in der zentralasiatischen Steppe allein etwa eineinhalb Millionen Hektaren neue Saatfläche gewonnen werden.

Neben diesem Neulandprogramm, das fraglos ziemlich hochfliegend ist, wird von den Kolchosen und Sowchosen gefordert, die Hektarerträge für Baumwolle von durchschnittlich 18 Doppelzentner auf durchschnittlich 35 Doppelzentner zu steigern. Man hat bei Kontrollen herausgefunden, dass einige stachanowistische Kolchosen und Sowchosen 25 bis 40 Doppelzentner Baumwolle pro Hektare geerntet haben, während die meisten übrigen lediglich einen Ernteertrag von 15 bis 20 Doppelzentnern pro Hektare erzielen konnten. Als Grund dieses offenbaren Missverhältnisses fanden die Kontrolleure des ZK-Büros für Zentralasien die schlechte und mangelhafte Kaderpolitik. Die lokalen Parteifunktionäre werden nun dafür verantwortlich gemacht, dass die Produktionsreserven das heisst die Bearbeitungs- und Erntemaschinen, schlecht ausgenützt werden oder teilweise in den Schuppen verrotten und dass die Leiter der Agrarbetriebe wenig von der modernen Technologie halten.

Gesellschaft

Sowjetunion

«Verbrecherische Banden»

Seit dem 5. Mai 1961, dem Tag, an dem der Oberste Sowjet der UdSSR die Anwendung der Todesstrafe gegen «Wirtschaftsverbrecher» verkündet hat, reissen die Berichte in sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften über die Aufdeckung und Aburteilung von «verbrecherischen Banden von Spekulanten, Devisenschiebern, Saboteuren und arbeitsscheuem Gesindel» nicht mehr ab. Fast könnte man annehmen, in der Sowjetunion sei eine ansteckende soziale Seuche ausgebrochen, der die Behörden nicht mehr Herr werden, und die selbst drakonische Strafen kaum einzudämmen vermögen.

Da aber nach marxistisch-leninistischer Theorie der Mensch das ausschliessliche Produkt seiner Umwelt ist, kann man diese soziale Seuche der «Wirtschaftsverbrechen» aller Art aus dem System heraus erklären — das System selbst ermöglicht diese Verbrechen und macht sie wegen seiner chronischen Mangelerscheinungen so verlockend. Streng dialektisch müsste daher das System geändert werden, um die Seuche an ihrer Wurzel zu vernichten. Davon will man natürlich in Moskau nichts wissen; lieber verhängt man — ganz unkommunistisch und unsozialistisch — weiterhin Todes- und Zuchthausstrafen in Hülle und Fülle.

So verhandelte erst kürzlich das Oberste Gericht der RSFSR in einem Monsterprozess gegen 43 «Verbrecher», unter denen sich mehrere Betriebsdirektoren, Oberingenieure und leitende Betriebsangestellte befanden. Sie waren angeklagt, eine «verbrecherische Bande» gebildet und dem Staat grossen Schaden zugefügt zu haben. Allein 900 Maschinen hätten sie innerhalb kurzer Frist «verschleudert». Die Zeitung «Kommunist Taddschikistana», die über den Prozess berichtete, nannte das Urteil des Obersten Gerichts «gerecht»: der Leiter der «Bande», der Direktor des Schjusker Maschinenbaubetriebes, wurde zum Tode verurteilt, die übrigen «Verbrecher» erhielten Zuchthausstrafen zwischen zehn und fünfzehn Jahren.

Zur gleichen Zeit fand vor dem Gebietsgericht von Odessa ein ähnlicher Prozess statt. Auf der Anklagebank sassen 26 Wirtschaftsfunktionäre und «Spekulanten». Sie waren angeklagt, illegal Pullover produziert und diese auf dem schwarzen Markt verkauft zu haben. 1960 hatten die Beschuldigten in der Wollfabrik «Vaterlandsverteidiger» bei Kiew einen «Pfuscherbetrieb» errichtet und die dort hergestellten Trikotwaren auf eigene Rechnung verkauft, allein vom September 1961 bis zum April 1962 6250 Wollpullover. Die Angeklagten hatten mehrere hohe Wirtschaftsfunktionäre bestochen, darunter den Leiter der Gebietsverwaltung der Lokalindustrie und den Leiter der Produktionsabteilung derselben Behörde. Bei den Angeklagten wurden hohe Geldbeträge, Wertpapiere, Gold und Schmuckgegenstände im Gesamtwert von über 200 000 Rubel sichergestellt.

Der Oberingenieur der Wollfabrik, der Oberbuchhalter einer anderen Fabrik und der Leiter der Gebietsverwaltung der Lokalindustrie wurden zum Tode verurteilt; drei Spekulanten erhielten Zuchthausstrafen von je 15 Jahren, die übrigen Angeklagten wurden zu höheren Freiheitsstrafen verurteilt.

Die Prozesse gegen die «Wirtschaftsverbrecher» stellen für die KP ein ernsthaftes Problem dar. Die Parteiideologen bangen um den Bestand der «sozialistischen Moral».

Versorgung

Rumänien

Lücken und Schmutz

In einem ausführlichen Bericht der deutschsprachigen rumänischen Tageszeitung «Neuer Weg» (31. August) über eine umfassende Handelskontrolle, die im rumänischen Landesteil Banat durchgeführt wurde, findet man nichts anderes als vernichtende Kritik. Diese Kritik klingt so unwahrscheinlich, dass es angezeigt erscheint, an dieser Stelle den «Neuen Weg» zu zitieren. Unter anderem schreibt das Blatt:

«... Im Selbstbedienungsladen von Winga wurde sogar ein Mangel an Fischkonserven vermerkt, die doch in recht grosser Auswahl vorhanden sind. In Cozla bei Berzasca, Rayon Neu-Moldova, sind die Versorgungslücken noch empfindlicher; es fehlen Butter und Speck, Tischweine, Kompott, Gemüsekonserven, Süsswaren. Im Obst- und Gemüseladen in Herkulesbad gab es dafür jede Menge an Fleischkonserven, jedoch kein Obst und Frischgemüse.»

Aehnliche Verhältnisse herrschen diesem Bericht zufolge auch im Textil- und Schuhhandel. In einem ausgesprochenen Spezialgeschäft für Textilien aller Art fanden die Kontrolleure weder den in Rumänien sehr gefragten schwarzen Kattun (aus dem sich die Hausfrauen ihre Kleider und Schürzen zu schneidern pflegen) noch die bei den Kindern so beliebten Jägerhütchen, obwohl sie angeblich in ausreichender Menge produziert und ausgeliefert wurden. Dafür gab es dort Sandalen und Sommerschuhe, die indes im Schuhgeschäft desselben Ortes nicht aufzufinden waren. Im Kaufhaus von Billed stapelten sich zwar «13 Fernsehgeräte», aber es gab kein einziges Hemd, keine Regenhäute und andere Artikel des regelmässigen Bedarfes. Das Kaufhaus von Neu-Moldova konnte seinen Kunden nicht einmal Bänder und Zwirn anbieten, abgesehen von Säuglings- und Kinderbekleidung sowie von Strümpfen, *«wobei manches davon auch im Warenlager von Orawitza nicht vorrätig ist, von wo dieser Rayon beliefert wird».*

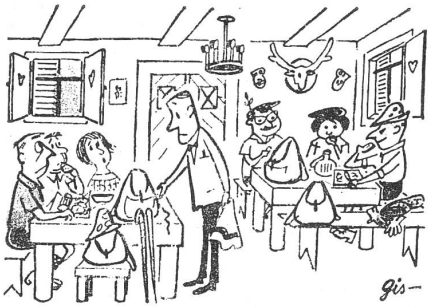
Lassen wir jedoch weiter den «Neuen Weg» für die Verhältnisse im rumänischen Genossenschaftshandel sprechen:

«Auch die Kontrolle der Handelseinheiten lässt zu wünschen übrig. Nicht nur, dass die Waagen seit zwei Jahren nicht mehr geprüft und geeicht wurden; im Selbstbedienungsladen von Lippa wurden 1-kg-Tüten mit Würfelzucker verkauft, die weniger wogen, während die Kontrollwaage an einer unzugänglichen Stelle steht, im Selbstbedienungsladen von Petschka aber 100-Gramm-Tüten Bohnenkaffee, die nur 85 bis 90 Gramm wogen.

Die grössten Mängel des Genossenschaftshandels wurden in Gaststätteneinheiten festgestellt. **Schmutz und schlechte Bedienung sind... alltäglich.** *Im Expressbuffet von Alt-Moldova fehlen Imbisse gänzlich. Im Restaurant von Neu-Moldova sind bei einem monatlichen Umsatz von 200 000 Lei (etwa 380 000 Franken) nur vier unqualifizierte Kellner beschäftigt, im Restaurant von Petschka bedient eine unqualifizierte Kraft an 25 Tischen (!).»*

Der Leiter dieses Restaurants scheint übrigens auch ein kleiner Hexenmeister zu sein, «denn während laut Küchenplan nur zehn Portionen Gemüsesuppe und fünf Portionen Reisfleisch gekocht worden waren, wurden in Wirklichkeit 30 beziehungsweise 25 Portionen verkauft».

In den Gaststätten der Dörfer und Kleinstädte des Banats fehlen laut «Neuer Weg» nicht nur Imbisse aller Art, Schnäpse und Liköre, sondern es ist auch an der Tagesordnung, dass



In der Touristenherberge: «Getränke haben wir leider nicht, aber vielleicht mögen Sie Salami?» («Ludas Matyi», Budapest)

«das Bier warm ausgeschenkt wird, dass die 2-Deziliter-Biergläser nur 1,7 Deziliter fassen», und dass Bratwürstchen bisweilen «200 Gramm (!) zu wenig Gewicht» haben. Selbst die Kühlschränke sind «in vielen Fällen nicht betriebsfähig».

In einigen Gaststätten stellten die Handelskontrolleure sogar offenen Diebstahl und Unterschlagungen fest. Ein Wirt pflegte die Abrechnungen an seine zuständige Konsumgenossenschaft regelmässig zu fälschen, und der Buchhalter der Genossenschaft, der die Fälschungen und Unterschlagungen bemerkte, tolerierte sie gegen ein entsprechendes Aufgeld.

Für das alles macht der «Neue Weg» den Regionsverband der Konsumgenossenschaften verantwortlich, ohne jedoch die Idiotie einer ins kleinste Detail eingreifenden staatlichen Planwirtschaft kritisch zu beleuchten.

Versorgung

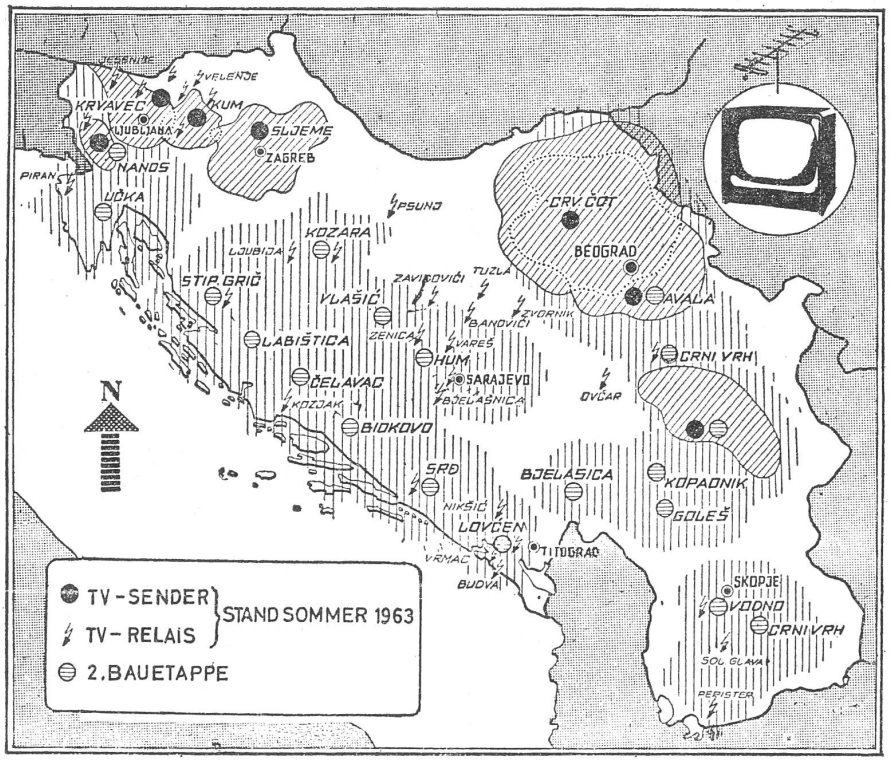
Sowjetunion

Keine Kartoffeln

Wegen eines Schildbürgerstreiches der Planwirtschaft müssen die Einwohner von Moskau und Leningrad auf eine ausreichende Kartoffel- und Gemüseversorgung verzichten. Laut Plan sollten in den beiden Grossstädten bis zum 1. September dieses Jahres mindestens 162 600 Tonnen Gemüse eintreffen. Bis Mitte August lieferten aber die Aufkaufsorganisationen und Konsumgenossenschaften lediglich 66 000 Tonnen Gemüse in die staatlichen Lebensmittelgeschäfte beider Städte.

In der gesamten Sowjetunion sollten die Ankaufsorganisationen für landwirtschaftliche Produkte 3 Millionen Tonnen Gemüse und 5 Millionen Tonnen Kartoffeln aufkaufen, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Trotz der Hochsaison wurde der Ankaufsplan für Gemüse nur zu 14 Prozent, derjenige für Kartoffeln nur zu 2 Prozent erfüllt. Ausserdem sind nach Angaben der «Prawda» viele Kartoffel- und Gemüsespeicher noch nicht darauf vorbereitet, die Winterkartoffeln und das Wintergemüse aufzunehmen. In einigen Republiken der Sowjetunion wurden die Pläne für den Bau von neuen Speichern und für die Reparaturen der alten nicht erfüllt. Diese alarmierenden Berichte, so meint die «Prawda», müssten die Sowjetorgane veranlassen, Massnahmen zu treffen, damit die Aufgaben in beschleunigtem Tempo erfüllt werden.

Die Forderung der «Prawda» ist indes so unbestimmt formuliert, dass in ihr selbst schon zum Ausdruck kommt, das «beschleunigte Tempo» sei ein Wunschtraum.



Ausbau des jugoslawischen Fernsehens:

Nach Berichten der jugoslawischen Rund- und Fernnsehfunk-Organisation soll im Herbst dieses Jahres die zweite Bauetappe für Fernseh-Relaisstationen beendet sein. Danach soll auf einem Gebiet von 106 780 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von 9,7 Millionen Menschen) das jugoslawische Fernsehprogramm gesehen werden können. Ein neues Programm für den Bau weiterer Relaisstationen ist bereits verabschiedet worden. In der dritten Bauetappe sollen bis Ende 1965 alle Gebiete Jugoslawiens dem Fernsehen erschlossen werden.

Religion

UdSSR

Atheismus in Aktion

Mitte August dieses Jahres organisierte das Gebietsparteikomitee von Koktschetaw (Kasachstan) ein Seminar für atheistische Propagandisten, die unter der sowjetdeutschen Bevölkerung dieses Gebietes ihre «Parteiaufgaben» zu erfüllen haben. Das Seminar befasste sich in erster Linie mit den Beschlüssen des Juniplenums des ZK der KPdSU, soweit sie sich mit der Intensivierung der atheistischen Propaganda beschäftigen. Das ZK hatte in einem seiner Beschlüsse im Juni 1963 verfügt:

«Der atheistischen Erziehung der Schüler ist grösste Beachtung zu schenken. Im Physik- und Biologieunterricht, in der Astronomie und in der Gesellschaftskunde, bei den Pionierappellen und Schulabenden gilt es, den Kindern noch ausführlicher und überzeugender zu zeigen, wie abwegig die religiösen Vorstellungen, wie ohnmächtig die kirchlichen Dogmen bei ihrer Kollision mit dem Leben, mit der Wissenschaft sind. Es ist zu beachten, dass es unter den Vätern und Müttern, besonders aber unter den Grosseltern, noch Gläubige gibt, Menschen, die sich auf Irrwegen befinden und dass eine taktvolle Einwirkung auf das Kind, auch zuweilen auf die Grossmütter, wahre pädagogische Kunst erfordert.»

Führende Atheisten, unter ihnen Professor Penner aus Swerdlowsk, waren herbeigeeilt, um die versammelten Propagandisten auf die Beschlüsse des Juni-Plenums zu vergattern. Stolz konnte denn auch «Neues Leben», die parteioffiziöse Wochenzeitschrift der sowjetdeutschen Minorität, berichten, dass *«die Beschlüsse des Juni-Plenums in Aktion»* sind.

Ein sich den Vorträgen anschliessender «Erfahrungsaustausch» unter den Propagandisten, den «Neues Leben» seinen Lesern nicht vorenthalten mochte, brachte die Methoden der atheistischen Propaganda unter der sowjetdeutschen Bevölkerung, die sich zu einem grossen Teil der lutherischen Kirche oder protestantischen Sekten (zum Beispiel Zeugen Jehovas, Mennoniten) zugehörig fühlen, ans Tageslicht.

Nachdem der Sekretär des Gebietsparteikomitees von Koktschetaw, M. S. Fasylow, die Aufgabe des Seminars, *«eine Zwischenbilanz der (atheistischen) Arbeit zu ziehen und Erfahrungen der Arbeit mit verschiedenen Sekten auszutauschen, und zwar im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse bei den Frauen, der Jugend, in den Schulen und dergleichen»*, umrissen hatte, packten auch die anderen Seminarteilnehmer ihre Rapporte aus.

Genosse Schibajew, Mitglied der atheistischen Propagandagesellschaft «Snanije», wusste folgendes zu berichten:

«Bekanntlich erhalten die illegalen Gemeinden der ‚Zeugen Jehovas' sowjetfeindliche Literatur aus den USA und Kanada. Von der aktiven religiösen Propaganda bis zur sowjetfeindlichen Propaganda ist es nur ein Schritt. — Der Sektionsleiter Babitsch erklärte unlängst, nachdem ein Artikel über ihn in der örtlichen Zeitung veröffentlicht worden war, seine Sekte und der Glaube seien jeglicher Politik fern. Doch er musste sich bald darauf dafür verantworten, dass er gegen die Sowjetmacht predigte.»

Der Lektor J. P. Ponomarenko erzählte der Versammlung von einem «Sieg» auf der ganzen Linie, den er für sich verbuchen konnte: *«Im Sowchos Krizki leitete der Prediger J. Görlitz, ein völlig ungebildeter Mann, eine etwa 150 Mitglieder zählende Mennonitengemeinde. Diese wandte sich sehr aktiv an die Jugendlichen. Uns gelang es, einen dieser Jugendlichen, einen gewissen Johann Funk, der mit Görlitz verwandt ist, zu überzeugen, und er erklärte sich bereit, öffentlich mit der Sekte zu brechen. Darauf beriefen wir eine Elternversammlung ein. Hier sprach ein älterer, bibelkundiger Mann, der nachwies, dass Görlitz sich weder in der Bibel noch in den Dogmen auskennt. Darauf sprach Funk, der dem Glauben entsagte und seinen Verwandten blossstellte. Nach dieser Versammlung zerfiel diese Gemeinde. Wir sprachen auch noch mit Görlitz selbst. Er erklärte uns, er sei durch schwere Erlebnisse in den Kriegsjahren zum Glauben gekommen. Auch er lieh unseren Worten Gehör und veröffentlichte sogar einen Artikel in der Gebietszeitung.»*

Natürlich war der Siegesbericht Ponomarenkos unvollständig. Denn ganz so harmlos ist der «Zerfall» der Mennonitengemeinde in Krizki sicher nicht gewesen. Von den Zwangsmassnahmen der Polizei, von den Einschüchterungen des Predigers und der Mitglieder der Gemeinde schwieg er.

Jakob Leitner, Elektrotechniker im Sowchos Kussepski (Gebiet Koktschetaw), der es als «grosse Ehre» bezeichnete, zum erstenmal an einem atheistischen Seminar teilnehmen zu dürfen, konnte auch seinen Teil zum «Erfahrungsaustausch» beitragen:

«Auch in unserem Dorfe wirkte eine kleine lutherische Gemeinde. Sie organisierte eine Hochzeit in meiner Nachbarschaft. Der Bräutigam war ein Komsomolze, der Vater der Braut sehr gläubig. Er sagte zu ihm: du kriegst sie nur, wenn die Hochzeit nach religiösem Brauch vollzogen wird. Ich war auch zu dieser Hochzeit geladen. Alle sassen trübselig da, nippten manchmal an ihren Gläsern und sangen zwischendurch religiöse Lieder. Lange habe ich das nicht ausgehalten. Am nächsten Morgen machte ich dem Parteisekretär Vorwürfe, weil er trotz meiner Bitte nicht mit zur Hochzeit gekommen war. Wir dürfen doch solche für jeden Menschen bedeutsame Feste, wie es eine Hochzeit ist, nicht ganz und gar den Gläubigen und ihren Priestern überlassen.

Als ehrenamtlicher Milizbeauftragter achte ich darauf, dass sich bei uns keine Tagediebe herumtreiben. Deshalb prüfe ich bei allen Zugereisten die Papiere. So auch bei den Wanderpredigern; die haben bei uns nichts zu suchen.»

Ganz nebenbei verirrte sich im Chor der Atheisten eine sensationelle Nachricht über **nationalistische Vorfälle in Kasachstan.** Der Lektor des Parteikomitees Timirjasewski, Michail Kaschtanow, erklärte, die Bevölkerung seines Rayons sei «multinational», und dies müsste in der Arbeit berücksichtigt werden. *«Dabei kommt es aber darauf an,* meinte Kaschtanow, *«die Menschen nicht auf nationaler Grundlage voneinander zu trennen, sondern sie zusammenzuschweissen. Es kommt leider noch zu Vorfällen nationalistischer Natur. Manche engstirnige Menschen verwechseln zuweilen die deutschen Faschisten mit unseren Sowjetdeutschen, die Seite an Seite mit uns zusammen am Kommunismus bauen.»*

Diese Berichte stammen aus der Praxis der Sowjetunion. Vielleicht sind sie vor der Veröffentlichung noch bearbeitet worden, um einen weniger negativen Eindruck zu erwecken. Sie sind aber dennoch Beweis genug, wie wenig die Praxis mit der ach so toleranten Theorie übereinstimmt. Sie beweisen ebenfalls, dass das neue Statut der KPdSU, das die Duldsamkeit gegenüber religiösen Ueberzeugungen so sehr betont, nichts anderes ist als bitterer Hohn.

Soziales

Ungarn

«Sparmassnahmen» bei Kindern

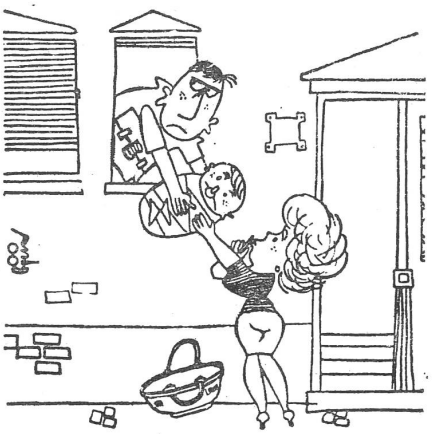
Ein recht trübes und erschütterndes Bild von der ungarischen Kinderfürsorge vermittelte kürzlich das Organ des ungarischen KP-Jugendverbandes, «Magyar Ifjusag». Der Bericht steht in krassem Widerspruch zu den üblichen parteioffiziellen Behauptungen, wonach die Kinder- und Jugendfürsorge geradezu utopisch fortschrittlich ist.

In Ungarn gibt es gegenwärtig drei Kinderdörfer. Nach der amtlichen Statistik aus dem Jahre 1962 werden vom ungarischen Staat 27 277 Kinder betreut, wovon 20 000 Kinder in staatlichen Erziehungsheimen untergebracht sind und 7300 Kinder in der Obhut von Pflegeeltern stehen. Eine von der «Volkskontrolle» durchgeführte Ueberprüfung der Kinderfürsorge hat ergeben, dass die Zahl der vorhandenen staatlichen Erziehungsheime bei weitem nicht ausreichend ist. Zahlreiche Kinder sind in sogenannten «Durchgangsheimen» untergebracht, die, als provisorische Einrichtung gedacht, zu einer ständigen Erscheinung der Kinderfürsorge geworden sind. Oft müssen die fürsorgebedürftigen Kinder viele Monate lang in einem «Durchgangsheim» fristen, ehe für sie ein Platz in einem ordentlichen Heim frei wird.

Zudem sind die «Durchgangsheime» überfüllt. **«Magyar Ifjusag» schildert die wenig ästhetische Lage von 38 Jugendlichen beiderlei Geschlechts im Alter von 14 bis 18 Jahren, die im «Durchgangsheim» des Komitats (Bezirks) Borsod in bloss 20 Betten zusammengepfercht wurden.** In Pecs mussten jeweils zwei Kinder in einem Bett schlafen.

In einigen Erziehungsheimen werden, laut «Magyar Ifjusag», «Einsparungen» an der Verpflegung der Kinder vorgenommen. Im Mädchenerziehungsheim Devavany wurden im ersten Halbjahr 1962 allein an der Verpflegung 11 400 Forint (dieser Betrag entspricht dem Siebeneinhalbfachen eines Monatseinkommens für einen qualifizierten Facharbeiter) «eingespart», was sich natürlich im Speisezettel für die Kinder fühlbar auswirkte: **in einer Woche gab es denn auch dort fünfmal Schmalzbrote zum Abendessen.**

Man liest dies, staunt und fragt sich, wohin sich in diesen Kinderheimen der «Fortschritt» verflüchtigt hat.



Einzug des Untermieter-Ehepaares: «Pscht, sonst merkt die Wirtin noch, dass wir ein Kind haben!» («Ludas Matyi», Budapest)

Film

Polen

Der westliche Einfluss

Die polnischen Parteipropagandisten mussten zugeben, dass es ihnen Schwierigkeiten bereitet, die Jugend des Landes davon zu überzeugen, dass das Leben im Westen wesentlich schlechter ist, als das unter der kommunistischen Herrschaft.

In «Kierunki», der Zeitschrift der polnischen Pax-Bewegung, eine den Kommunisten nahestehenden katholischen Organisation, wurde dieses Problem diskutiert, und das Blatt tat sich schwer, stichhaltige Gründe für diese Situation zu finden.

Die Jugend, so schrieb die Zeitschrift, werde am meisten durch Filme, Fernsehen, Illustrierte und «unter dem Ladentisch gehandelte Bücher» beeinflusst. Diese Dinge zögen die Jugend an — und auf die Strasse.

Und weiter hiess es in «Kierunki»: «Selbst wenn die westlichen Filme das wirkliche Leben im Westen zeigen, dann ist dieses Leben einfacher und schöner als das wirkliche Leben um sie herum... Sogar eine italienische Dirne oder französische Hafenarbeiter, die streiken und Plakate mit der Aufschrift ‚Brot!' herumtragen, haben Pullover an oder Lederjacken, die in Polen immerhin 2000 Zloty kosten.» Diese Summe, 83 Dollar zum Touristenkurs, stellt einen guten Monatsverdienst in Polen dar.

«Und wie soll man der Jugend die Tatsache erklären, dass die streikenden französischen Bergarbeiter in wunderschönen Autos nach Paris hineinfahren (die Wochenschau brachte diese Aufnahmen)? Lange Reihen glänzender Simcas, Peugeots und Citroëns? Wie soll man erklären, dass es den Bergarbeitern wirklich schlecht geht, wenn unsere Jugend weiss, dass ein Peugeot in Polen immerhin 300 000 Zloty kostet?»

«Kierunki» erklärte dieses Phänomen mit der Tatsache, dass im Westen die Automobilwerke im Krieg nicht zerstört worden seien, im Gegensatz zu den polnischen. Daraus erkläre sich die unterschiedliche Produktion und die entsprechend höheren Preise in Polen.

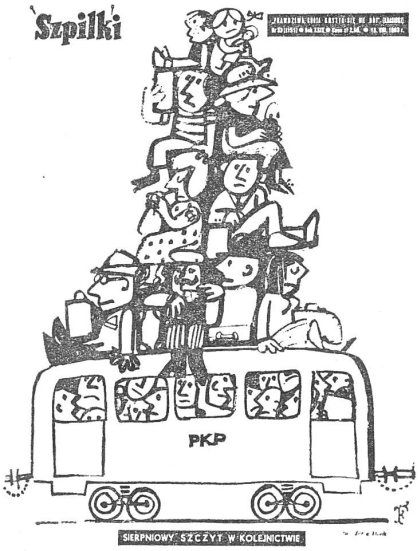
Schliesslich wies die Zeitschrift darauf hin, in Polen sei wenigstens die Ausbildung kostenlos.

In Kürze

Ueber den diesjährigen Verlauf der ungarischen Fremdenverkehrssaison äusserte sich der Generaldirektor des staatlichen ungarischen Reisebüros (IBUSZ) in einem Artikel im Parteiorgan «Nepszabadsag» folgendermassen:

«Zur Erweiterung des Fremdenverkehrs mangelt es gegenwärtig noch an vielen Voraussetzungen, wobei an erster Stelle der Hotelbettenmangel erwähnt werden muss. Auch der eigene Apparat der IBUSZ funktioniert nicht klaglos. Häufig muss sich der ausländische Gast wegen einer Information anstellen, so dass er es in vielen Fällen vorzieht, auf eine Auskunft zu verzichten. In den Gastwirtschaften am Plattensee fühlen sich die Gäste beengt, weil beim Mittagstisch hinter ihnen bereits ein zweiter Turnus von Gästen wartet, um das Essen einzunehmen. Auch die Organisation in den Läden der Kurorte ist keineswegs ideal. Die Touristen können nur wenig entsprechende Andenken und Modeartikel, wie Kopftücher, Schmuckstücke oder auch nur Schaumgummipolster, erstehen und sind daher nicht imstande, ihr Geld auszugehen.»

In den bunten und vielversprechenden Prospekten, die von IBUSZ gerade im Westen verschickt werden, liest man davon natürlich nichts.



Die polnischen Eisenbahnen wünschen ihren Kunden eine angenehme Reise.

*

Eine Glosse zu einer wenig «geschmackvollen» Angelegenheit entnehmen wir der Bukarester Tageszeitung «Elöre»: Unter dem Titel «Sind die Fliegen zu verkaufen?» steht da schwarz auf weiss zu lesen:

«In das Milch- und Fleischgeschäft Nr. 5 in Petrozseny kommen täglich Tausende von Kunden. Man kann hier Fleisch, Milch und Milchprodukte einkaufen. Nur eine Sache hat man hier vergessen, nämlich die Waren vor den Fliegen zu schützen. Kürzlich haben wir gesehen, dass der Quark hinter dem Ladentisch von einem Heer von Fliegen bestürmt wurde, weil man ihn nicht zugedeckt hatte. Das war nicht alles. Selbst in der Kühlvitrine hielten sich viele Fliegen auf, die vom Käse und von der Wurst kosteten. Wie kamen die Fliegen bloss hierher? Sind vielleicht auch die Fliegen verkäuflich? Auf unsere Frage zuckte der Geschäftsführer nur mit den Schultern...»

*

Um seinen Einfluss bei den islamischen Völkern zu vergrössern, griff Peking auf einen alten Trick aus der Propagandakiste Stalins zurück. Rotchinesische Pilger, ausgesuchte Angehörige der von dem Kommunisten Burhan Shahidi geführten Moslem-Vereinigung, unternahmen eine Wallfahrt zu den heiligen Stätten des Islam. In Mekka taten sich die von Mao Tse-tung entsandten Pilger durch besonders auffällige Beteiligung an allen mit einer Pilgerfahrt verbundenen Zeremonien hervor. Hinter dieser Fassade bemühten sie sich, mit Moslems aus den verschiedenen Ländern Asiens und Afrikas Kontakte aufzunehmen, die dem rotchinesischen Regime für seine Propaganda in den islamischen Ländern nützlich sein könnten.

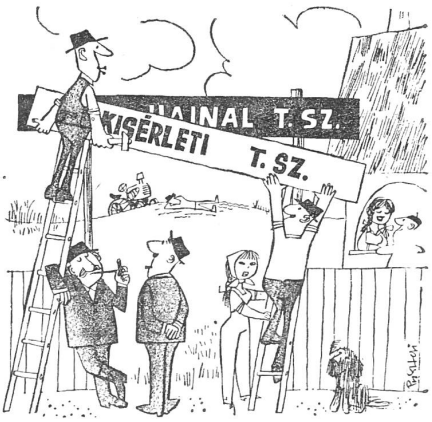
*

Der Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft der «Volkskammer» (Parlament) der SBZ veröffentlichte eine Statistik, wonach der Schweinebestand der SBZ mit 8 Millionen angegeben wird. Der Kommentar zur Statistik vermerkt im Titel: «Weniger Schweine in der DDR». (Die Viehzählung im August 1961 hatte noch 9,3 Millionen Stück Schweine erfasst.)

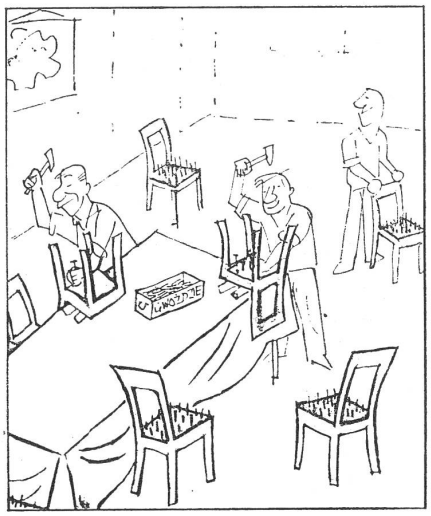
Die Karikatur

In totalitären Systemen gehört die Karikatur zu den wenigen Ausdrucksmöglichkeiten der Kritik und der Distanzierung. Sie ist dort deshalb aufschlussreicher und wirksamer als bei uns und verdient besondere Beachtung. Natürlich stehen die satirischen Zeitschriften der einzelnen Länder des Ostblocks unter derselben scharfen Kontrolle wie alle übrigen Presseerzeugnisse. Aber weil auch das Regime eine gemässigte Kritik an den Verhältnissen und Misständen als willkommenes Ventil betrachtet, gelingt es versierten Karikaturisten oft, die Parteizensoren an der Nase herumzuführen. Wir wissen, dass sich manche Schriftsteller, denen man einen Maulkorb umgebunden hat, der Karikatur (oder auch des scheinbar harmlosen Aphorismus) bedienen, um das auszudrücken, was ihnen auf andere Weise zu sagen nicht möglich ist. Ueberdies haben sich die Menschen im kommunistischen Herrschaftsbereich daran gewöhnt, die statthafte Kritik an Zuständen, für welche die Funktionäre der unteren und mittleren Ebene verantwortlich gemacht werden, auf die führenden Repräsentanten des Regimes zu übertragen. Nicht selten vollzieht sich diese Uebertragung bis hinauf zu den strikten Tabus des Systems: Ideologie, Planwirtschaft, Kollektivierung und dergleichen.

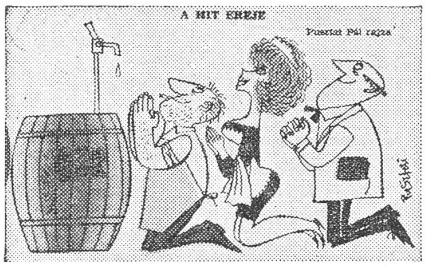
Zusammenstellung des Perspektivplanes in der Bezirkshandelsabteilung»
«Ich hätte eine gute Kandidatin für die Stelle des Lagerleiters, aber sie sitzt noch ein halbes Jahr im Gefängnis». («Krokodil», Moskau)



Die LPG «Morgenrot» erhält den Namen «Versuch»:
— «Welchen Versuch wollen Sie denn unternehmen?»
— «Wie man durch Nichtstun die Arbeitsproduktivität steigern kann!»
(«Ludas Matyi», Budapest)



Die Zahl der Sitzungen, Besprechungen und Konferenzen nimmt ständig zu: «Nur Nägel können uns noch helfen ... !»
(«Szpilki», Warschau)



Die Kraft des Glaubens: «Gib es, o Herr, dass wir aus diesem Fass zwei Fässer Bier zapfen können». («Ludas Matyi», Budapest)

Die Garbenbindemaschine ist recht praktisch. («Trud», Sofia)

Ungarische Aphorismen zu einem Thema von heute

Den Atomkrieg kann man man nicht für friedliche Zwecke anwenden.

Ein Volk ist nicht deshalb gross, weil mehr Menschen von ihm geopfert werden können.

Hoffnungsstrahlen bergen keine Strahlengefahren in sich.

Der Kapitalismus sollte nicht zusammen mit der Erde vernichtet werden.

Es ist billiger Wohnungen zu bauen, als die Erde unbewohnbar zu machen.

Der Atomtod ist ein teures Vergnügen.

Die Unmenschlichkeit kann die Erde menschenleer machen.

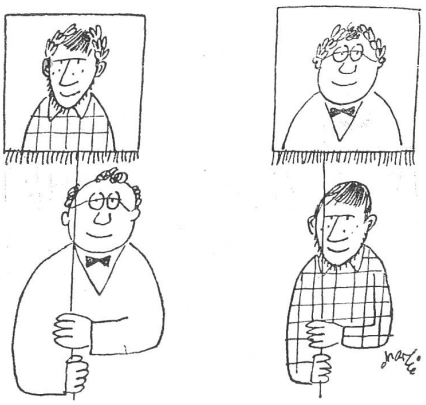
Bereiten wir den Raumfahrern fremder Himmelskörper keine Enttäuschungen, wenn sie erforschen wollen, ob auf der Erde noch Leben ist.

Die Luft der Verhandlungen sollte nicht radioaktiv werden.

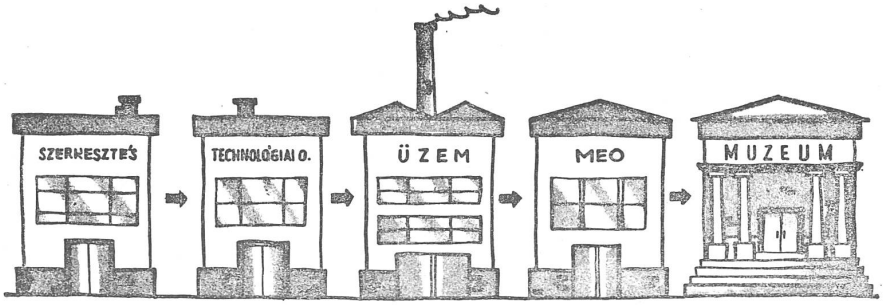
Jeder soll nur an sich selbst versuchen, ob ein Menschenleben billig ist oder nicht.

Man sollte die Erde nicht vernichten. Wir können sie noch gebrauchen.

(Ludas Matyi, Budapest)



«Mein Kandidat für die Prämie des Ministers für Kunst und Kultur!» («Szpilki», Warschau)



Der Weg eines neuen Produkts: Von der Konstruktion zur Technologie, in den Betrieb, zur Kontrolle und ins — Museum. («Ludas Matyi», Budapest)

BRIEFE

Ein Teilnehmer an einer der beiden im Spätsommer durchgeführten Berlin-Reisen des SOI empfiehlt:

Jeder Schweizer — und er soll hier für jeden Menschen aus der freien Welt stehen — möge nach Berlin reisen:

Der Gleichgültige, *um zu erleben, was unsere demokratischen Einrichtungen und unsere Freiheiten jenen bedeuten, die sie nicht haben.*
Der Mutlose, *um zu sehen, dass Menschen auf scheinbar verlorenem Posten den Mut nicht sinken lassen; dass die Berliner entschlossen sind, eine Festung der freien Welt zu bleiben.*
Der Koexistenzler, *um an der Mauer zu lernen, dass man sich von den Friedensschalmeien drüben nicht einschläfern lassen darf.*
Der überzeugte Marxist, *um zur Kenntnis zu nehmen, was die auf der andern Seite aus seiner schönen Theorie gemacht haben.*
Der PdAst *fahre möglichst direkt und für immer in den Ostsektor, um den Harst der Ueberten zu verstärken.*

Der Erz-Antikommunist, *um sich zu überzeugen, dass es drüben — ob Kommunist oder nicht — auch Menschen gibt, die leben wollen, die verstanden sein wollen, und die man nicht einfach vergessen darf.*

Und die andern? Das sind die wenigen, die gar nichts von den obigen in sich haben. Ihnen ist Berlin Bestätigung und ein schönes Erlebnis. Und das sind die vielen, die auch in Berlin nicht zum Leben erwachen. Nun, wenigstens hat man dann alles versucht.

R. G. in Winterthur

Die weisse Weste des Genossen Gromyko

Am 22. Oktober 1962 teilte Präsident Kennedy in einer grossen Rede an die amerikanische Nation mit, Aussenminister Gromyko habe g e l o g e n, als er ihm am 18. Oktober feierlich versicherte, die Sowjetunion habe auf Kuba keine offensive Raketen stationiert.

Die weisse Weste des Genossen Gromyko wurde arg beschmutzt. Wie reagierte er darauf?

Am 20. Oktober verliess er New York eiligst in Richtung Moskau. (Nicht ohne in Ost-Berlin den Mauerbauer Ulbricht ostentativ auf die Wange zu küssen.)

Viele Monate schien der Name Gromyko in den Zeitungs- und Agenturberichten nicht auf.

Wer glaubte, Gromyko sei wegen seines Betriebsunfalles in der Versenkung verschwunden, täuschte sich aber. Er tauchte als strahlender Friedensheld wieder auf und präsentierte der — nur teilweise erstaunten — Mitwelt einen Atomversuchsstoppvertrag.

Und alle, alle kamen. Und (beinahe) alle unterschrieben. Damit hat Gromyko (beinahe) eine wieder weisse Weste. O. H. in Bern

*

Wir danken unserem Leser in Bern für seinen interessanten Beitrag und unserer Leserin in Winterthur für ihre Anregung. Red. KB

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telephon: (031) 2 77 69 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—). Einzelnummer Fr./DM —.50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.